

Vier Möglichkeiten das FRIEDENS-INFO zu abonnieren:

☐ Anbei 10,- DM für die nächsten 10 Ausgaben

☐ Ich schenke ein Abo für 10,- DM an :

Adresse : Name ..... Strasse .....

Plz ..... Wohnort ..... Telefon .....

Eine schöne Geschenkkarte wird im ersten Friedensinfo mitgeschickt.

☐ Ich überweise monatlich ..... DM Spende für die Unterstützung der Friedensarbeit.

☐ Ich überweise eine einmalige Spende von ..... DM

Absender: Name ..... Strasse .....

Plz ..... Wohnort ..... Telefon .....

----- schnipp-schnapp-ab -----

Einsenden an: Friedensbüro, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun

Spendenkonto: Volksbank Kirchberg, Kto 101 35 91, BLZ 560 614 72  
Postscheckkonto Ffm, Sonderkonto Hilde Engemann, Kto 44 1898-603

Telefon des Friedensbüro: 06762-6075 (Beate und Barbara)

## HUNSRÜCK-FORUM

Zeitschrift für Demokratie und Frieden

Die jeweils neuesten Beobachtungen, Termine, Hintergrundberichte und „Indiskretionen“ aller Art. Herausgegeben von Mitarbeitern der Hunsrücker Friedensbewegung.



- Das HUNSRÜCK-FORUM kostet im Jahresabonnement DM 12,80 (incl. Porto) und ist zu beziehen über Postfach 451, 6540 Simmern, Telefon 06746/1639.

IMPRESSUM: -Friedensinformationen- der FI Rhein-Hunsrück-Mosel  
Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun  
V.i.S.d.P.: Barbara Müller, Reinhard Sczech, Horst Petry  
SATZ + DRUCK: Druckerei H. Petry, 5449 Pfalzfeld

# Friedens - Informationen

Nr. 33

Juni 1988



Preis: 50 Pfennig

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel



Mitglieder der FI Rhein-Hunsrück-Mosel  
mit aussagekräftigen Transparenten vor'm  
Wörner/Scholz-Hauptquartier in Bonn.

## In Sachen Friedensinfo....

Was muß man/frau eigentlich machen, damit so'n Info was wird? Beim Redaktions-schluß treffen sich die Arbeitswütigen - meist beim Horst Petry und sichten, was an Artikeln eingegangen ist. Ein Mensch wird ausgeguckt, der die für den nächsten Monaten anstehenden Termine zusammenstellt (keine Bange, vollständig war die Liste noch nie!). Dann werden die nicht ordentlich geschriebenen Artikel in den Computer vom Horst getippt (also fast alle...). Dann entsteht so langsam ein Überblick, wieviele Seiten es werden. Dann wird lay-outet. Das heißt, daß die fertig geschriebenen Seiten zusammengeklebt werden, damit der Horst die Druck vorlagen machen kann. Das dauert unterschiedlich lang, je nachdem, wie gut die Vorarbeit war. Nach dem Drucken und Falzen, was der Horst mit seinen Maschinen bewerkstelligt, muß das Info zusammengelegt, geheftet, eingetütet und weggeschickt werden. Das setzt voraus, daß die Briefumschläge mit Adressen, Stempeln und Briefmarken versehen worden sind, was in der Regel vom Büro aus organisiert wird.

Die Arbeit am Friedensinfo umfaßt also insgesamt drei unterschiedliche Arbeitsschritte, nämlich Sichten und Eingeben der vorhandenen Texte, Lay-out und Versand. Meistens ist nur eine kurze Einarbeitungszeit für die technischen Handgriffe vonnöten, und Horst ist ein sehr geduldiger Lehrer.

Ich möchte gerne in der Friedensinfo-Redaktion weiterarbeiten und würde mich freuen, wenn wir noch ein paar mehr Leute würden.

Barbara

### Nachtrag

Auf dem letzten Delegiertentreffen wurde die Möglichkeit diskutiert, die "FRIEDENSINFORMATIONEN" einzustellen und dafür das "HUNSRÜCK-FORUM" alle zwei Monate herauszugeben. Hierzu sind nun zunächst die Meinungen unserer LeserInnen gefragt. Also, teilt uns Euere Meinung dazu schnellstens mit. Danach werden sich die Redaktionen über praktischen Möglichkeiten auseinandersetzen.

Horst

## HASSELBACH KEIN DEUTSCHES HOHEITSGEBIET ?

Eine Anzeige der Hunsrücker Friedensinitiativen löste wieder einmal großes Behördendurcheinander um die Raketenstation Hasselbach aus.

Mehrfach hatte auf Anweisung des Staatsbauamtes Koblenz-Nord eine Malerfirma aus Emmelshausen die Betonmauer um die Raketenstation mit giftigen Lösungsmitteln abgewaschen. (Wir berichteten in den letzten FRIEDENS-INFOS) Dabei versickerten große Mengen der Giftbrühe im Erdreich. Dieser Tatbestand wurde von den Hunsrücker Friedensinitiativen bei den zuständigen Behörden als Grundwasser Verschmutzung angezeigt.

Zuerst wurde der Vorgang von der "Unteren Wasserbehörde" in Simmern grundweg abgestritten. Als dann Fotos als Beweismittel vorgelegt wurden, erklärte die Kreisverwaltung die militärische Anlage zu "kein deutsches Hoheitsgebiet". Deshalb habe man mit den Amerikanern die "Entnahme von Bodenproben vereinbart".

Die Raketenstation Hasselbach gehört also zu den Vereinigten Staaten von Amerika - offen bleibt die Frage, zu welchem Bundesstaat. Auf den Warntafeln um den Hochsicherheitstrakt (Deckname GAMA) ist eine Besonderheit zu lesen, die in die bundesdeutsche Gesetzgebung (noch) keinen Zugang gefunden hat: Den Soldaten ist der gezielte Todesschuß gegen jeden Eindringling ausdrücklich gestattet.

Für die Bezirksregierung in Koblenz gehört zumindest das Land vor der Raketenmauer noch zur BRD. Sie hat das Staatsbauamt Koblenz-Nord "dringend gebeten, in Zukunft zur Beseitigung der Bemalungen auf der Sichtschutzmauer andere, umweltverträgliche Mittel einzusetzen."

Reinhard Sczech

## NEUE GIFTGASMASKEN

Stolz verkündete das Raketengeschwader in Hasselbach die Anlieferung neuer Giftgasmasken: Mit der Möglichkeit auswechselbarer Filter können sich die US-Soldaten nun gegen den Einsatz moderner chemischer und biologische Waffen schützen.

## TIERVERSUCHE MIT CRUISE MISSILE TREIBSTOFF

Am 9. Juni 1986 unterrichtete Bundesverteidigungsminister Wörner in Bonn Hunsrücker Gemeinderäte erstmalig über die Stationierung von Cruise Missiles. Einige Unwahrheiten haben wir dem Meister im Verharmlosen und Verschleiern schon nachgewiesen, hier die nächste:

Wörner über den Treibstoff für Cruise Missiles in seiner "Bürgerinformation":

"Marschflugkörper sind - vereinfacht dargestellt - kleine, unbemannte Flugzeuge. Sie werden von einem Düsentriebwerk ange-

trieben, das dieselähnlichen Kraftstoff verbraucht. Die 4 Marschflugkörper enthalten auf einem Trägerfahrzeug nur einen Bruchteil dessen, was in einem normalen Heizöltank eines Einfamilienhauses eingelagert ist."

Die Forschungsabteilung der US-Luftwaffe war zu diesem Zeitpunkt vollkommen anderer Ansicht. Sie ließ die Dayton Universität in Ohio die Giftigkeit des Cruise Missile Treibstoffes untersuchen.

Mit verschiedenen Gruppen männlicher und weiblicher Ratten (Zuchttyp: "Fischer 344 rats), Mäusen (Zuchttyp: "C-57-BL") und Goldhamstern (Syrian) gingen die Wissenschaftler an ihr grausiges Werk.

Ergebnis: Die Treibstoffkomponente "5-Hydroxy-JP-10" zeigte eine extreme Giftigkeit für das zentrale Nervensystem. Mit den verschiedenen Dosierungen und Messungen des Körpergewichts wurde auch noch wissenschaftlich genau "erforscht", daß die männlichen Ratten die schlimmsten Vergiftungserscheinungen zeigten.

Die Komponente vom Typ "5-Keto-JP-10" erwies sich als weniger giftig, da sie nicht so intensiv absorbiert wird.

Wörner kann nun leider nicht mehr zur Rede gestellt werden. Als einer der unfähigsten Minister der Regierung Kohl ist er wegen seiner vielen Skandale leider nicht entlassen, sondern an die Spitze der NATO in einen 200 000 Dollar Posten befördert worden. Ein Armutszeugnis für Kohl und die NATO.

Reinhard Sczech

## WENN DIE SOWJETS KOMMEN . . . . .

In der Raketenstation Hasselbach werden neuerdings Manöver ganz besonderer Art durchgeführt: Verhalten und Umgang mit sowjetischen Inspektoren werden in Rollenspielen geübt. Die Sowjets sollen vertragsgemäß die Verschrottung der in Hasselbach stationierten Cruise Missiles überprüfen. Da der Vertrag zwischen der Sowjetunion und den USA genau die Kontrollen beschreibt sollen die Soldaten wissen welche Fragen von den Sowjets gestellt werden dürfen und wie darauf zu antworten ist.

Auch im amerikanischen Pentagon berücksichtigen die Militärs den Umstand der zukünftigen Kontrollen durch die Sowjets: Moderne neue Waffensysteme sollen nach Abzug der Cruise Missiles nicht mehr in Hasselbach stationiert werden, da die Inspektoren 13 Jahre lang nach Inkrafttreten des INF-Vertrages jederzeit unangemeldete Kontrollen durchführen dürfen.

Für die Militärplaner spielt in solchen Fällen Geld natürlich keine Rolle: Für 48 Millionen DM wird ab Herbst diesen Jahres der Goßberg bei Wüschheim/Hundheim unterbunkert. Das, obwohl in wenigen hundert Metern Entfernung sofort die Hasselbacher Bunker geräumt werden könnten. Der kleine militärische Unterschied: In den Goßberg dürfen keine sowjetischen Inspektoren.

## Protokoll der Konversions-AG. Treffen v. 22.4.88

Liebe Freundinnen und Freunde (diesmal gibts eine Sonntagsnachmittags- und bei Horsts Computer-gesetzte-Ausgabe...),

Unser letztes Treffen hat bei mit einen zwiespältigen Eindruck hinterlassen. Ich merke es nicht nur daran, dass mir im Protokoll ein roter Faden fehlt - auch die Erinnerung an diesen Abend weist in diese Richtung. Ich hatte das Gefühl, dass wir allmählich das erschöpft haben, was wir ohne weiteres einbringen können, dass wir uns allmählich im Kreise drehen. Wie geht es Euch damit?

Zum Inhaltlichen: Die Vielfalt der Beiträge schien mir um zwei grundlegende Problemkreise zu kreisen.

1. Region - Umgebung (bis zur Weltwirtschaft), Autonomie - Verflochtensein. Wie weitgehend soll die Eigenversorgung gefordert werden? Wieweit ist sie überhaupt möglich (aufgrund der natürlichen Ressourcen?) Bedeutet weitgehende Autonomie nicht auch Armut? Wann und wodurch kamen das Geld und der relative Reichtum in den Hunsrück?

Keine Einigkeit erzielten wir in der Frage, wie die EG-Politik mit ihren Auswirkungen einzuschätzen ist. Ebenfalls blieb strittig, wie sinnvoll es ist, wenn sich eine Region fast ausschliesslich auf ihre eigenen Mittel besinnt und der Austausch mit anderen Regionen nur ein zusätzlicher Faktor ist.

2. Unser Arbeitskreis soll nicht (nur) ein Zirkel abgehobener VordenkerInnen sein, sondern praktisch vor Ort tätig werden. Sicherlich bestand bis jetzt unsere Arbeit weitgehend im Zusammentragen von Ideen und Erfahrungen und in der Reflexion darüber.

Daneben ging bislang unter, dass einige selber in alternativen Strukturen arbeiten (sei es betrieblich oder politisch) und -noch wichtiger- daß es eine ganze Reihe alternativer Ansätze gibt, die wir noch gar nicht richtig berücksichtigt haben. Hier ist ein Feld, das z.B. das Hunsrück-Forum schon lange beackert...

Ferner soll man mit unseren Ergebnissen politisch (z.B. im Wahlkampf) arbeiten können, sprich: einigermaßen realistische Gesamtkonzeptionen anbieten können und zwar mit verständlichen und nachvollziehbaren Argumenten.

Diese Überlegungen führten zum

3. Problemkreis, der als eigenständige Grösse benannt werden muss:

Wir können keine Zukunftsvision anbieten, die so bequem und anscheinend billig ist wie die derzeitige Aldi- und Freizeit-Lebensweise. Nur wer sich erlaubt hat, die ökologischen und politischen Gefährdungen der Zukunft wahrzunehmen, nur wer aus dem Erschrecken darüber nach Alternativen sucht, wird sich für unsere Gedanken öffnen.

Das Aufzeigen insbesondere der ökologischen Zusammenhänge und Konsequenzen wird der Diskussion um unsere Alternativen oft vorausgehen müssen. Unser ursprünglicher Ansatz: eine zivile Alternative zur derzeitigen Militärstruktur zu bieten, erweist sich als wesentlicher und eigenständiger Teilaspekt des umfassenderen ökologischen Ansatzes.

Das letzte Treffen hatte für mich mehrere Konsequenzen:

- Wir müssen unsere Arbeitsstruktur überdenken.

Völlig klar ist, dass wir unterschiedlich viel Arbeit in die Gruppe einbringen können. Niemand sollte ein schlechtes Gewissen haben, wenn er/sie nicht noch zusätzlich Arbeit übernehmen kann. Das versteht sich eigentlich von selbst, ich weise trotzdem noch einmal ausdrücklich darauf hin, weil mit der Hang wohlvertraut ist (und ich ihn Euch unterstelle), sich mit Arbeit zu überhäufen, weil es doch alles so wichtig ist...

- Wer Arbeit übernehmen kann, sei mit einem Vorschlag von Jupp bekannt gemacht: Er schlug vor, sich zu den 7 Punkten, die auf der Kopie benannt sind, Gedanken zu machen, damit wir beim nächsten Mal darüber sprechen können.

- Gleichzeitig möchte ich anregen, dass wir uns die bisher geleisteten Schritte anhand der Protokolle vergegenwärtigen und eine Art Zwischenbilanz ziehen in der Art: Was ist mit Hunsrück gemeint? - Welche Kriterien für die Entwicklung in unserem Sinne können wir benennen? - Wie verstehen wir uns als Gruppe/Selbstdarstellung/Zielbestimmung? - Welche Gemeinsamkeiten/Differenzen haben wir?

- Schliesslich möchte ich den Vorschlag unterbreiten, ob wir uns nicht für den Herbst (Sept./Oktober) mal ein Wochenende aussuchen sollen, an dem wir uns in ein Tagungshaus zurückziehen und für eine Art interne Weiterbildung zusammen (oder auch mit Gästen/Referenten) Zeit nehmen. Bis dahin könnten die, die wollen, sich in einzelne Bereiche/oder Zusammenhänge einarbeiten. Vielleicht verbunden mit einer Sommerpause, böte die Zeit bis zu diesem Treffen Gelegenheit, sich etwas tiefer einzuarbeiten und für sich und die anderen etwas auszuarbeiten. Bei diesem Treffen würden wir uns austauschen und alle wären wieder schlauer. (Beiträge zu diesem Treffen könnten vielleicht veröffentlicht werden).

Das ist halt so eine Idee, um den Arbeitsaufwand in Grenzen zu halten und doch eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten und gleichzeitig jenen, die ohne grosse eigene Arbeit dabei bleiben wollen, die Möglichkeit dafür zu bieten...überlegts halt, vielleicht ist's ja auch quatsch.

Wegen der Terminplanung für das nächste Treffen setzte ich mich wie immer telefonisch mit Euch in Verbindung. Ich peile die letzte Mai-erste Juniwoche an, o.k.? Bis bald und dahin alles Liebe von Eurer computerbesessenen

*Barbara*

## ***DAS MOB- und WHNS- SEMINAR*** ***am Sa. , 23.4.***

Über 20 Leut waren da, kalt war's (draußen), und heiß diskutiert haben wir (drinnen). Als erstes mal hat Wolfgang für die, die's immer noch nicht wußten (z.B. ich selber) erklärt, was WHNS (Wartime Host Nation Support) - Abkommen inhaltlich bedeutet: die Verpflichtung für die BRD nämlich, im "Kriegs- und Krisenfall" die US-Army hier massiv beim Kriegführen zu unterstützen. (Genauerer siehe auch im Friedensinfo Dez. 87, S. 15 unten).

Die Gefahr dabei ist übrigens eine Grauzone bei der konkreten Definition, um WAS für Kriege/Krisen es geht: ob nun nur das NATO-Gebiet betroffen ist, oder auch US-Interessengebiete außerhalb davon (also "out of area"-Einsätze), z.B. Libyen, Naher Osten - das ist strittig. Im Klartext geht es also um das Risiko, daß die BRD in militärisch ausgetragene US-Interessensverteidigungen ganz handgreiflich mit hineingezogen wird...!

"Was issn ein MOB-Stützpunkt konkret?"

Ein Organisations-Stützpunkt der Bundeswehr, wo jetzt schon einige -zig Menschen damit beschäftigt sind, den reibungslosen Ablauf der Krise zu planen. Und außerdem ein Material-Lager (einschließlich Waffen), für alles, was zur Krise benötigt wird. (Siehe auch Friedensinfo Dez. 87, S. 22 unten).

"Und wo kommen die hier auf dem Hunsrück hin?"

- DICHTELBACH - Nachschub-Batallion

- DIEZ - Reservelazarett-Gruppe

- KIRCHHEIMBOLANDEN - Nachschub-Batallion

- KOBLENZ - ne ganze Menge, 10 verschiedene, von den Feldjägern über die Funker und Instandsetzer bis zum Reservelazarett

- MENDIG - Sicherungszug

- NEUBRÜCKE - Kreistransport-Batallion ( u. US-Lazarett)

- TRIER - Infrastruktur - /Bau- Instandsetzungsgruppe; Reserve-Lazarettgruppe; 1. Sicherungskompagnie

- WITTLICH-WENGEROHR - Infrastruktur- /Bau-Instandsetzungsgruppe; Reservelazarettgruppe.

Aus den meisten dieser Orte waren Leute von den örtlichen Fls am Samstag in Bell dabei, wir haben uns nach Wolfgang's Bericht noch über bisherige Aktionen und Erfahrungen ausgetauscht. Um gemeinsam was zu planen, dafür hat dann die Energie allerdings doch nicht mehr gereicht - vielleicht wird's was beim

NÄCHSTEN TREFFEN: AM 1. OKTOBER 88 IN BELL

Ente. gez. Tina

## ***Mob-Stützpunkte nach Auskunft des Wehrbereichskommandos IV Wiesbaden: Region Hunsrück***

Dichtelbach: die alte Battery wird einerseits zur Patriotstellung. Aus der Feuerleitstelle und der alten Unterkunft wird der Mob-Stützpunkt. Der Umbau wird 10 Mio. DM kosten. Untergebracht wird die Geräteeinheit eines Nachschub- und eines Sicherungsbattalions.

Die Personalgröße einer Geräteeinheit beträgt in Friedenszeiten unter 10 Mann.

Kastellaun/Buch: Ein altes BW-Depot wird umgebaut zum Mob-Stützpunkt: für ein Sanitäts-, ein Sicherungs- und ein Nachschubbattalion (alles nur Geräteeinheiten, s.o.).

Neubrück: hier gibt es nur eine lose Planung, noch kein Verfahren.

WHNS-relevante Baumaßnahmen gibt es darüberhinaus auf dem Hunsrück noch in Rheinböllen, im Munitionslager.

Quelle: WBV IV Wiesbaden 06121/3801.

Rudolf Peppert, Abt.präs. IV Infrastruktur, Tel. 2400

Tilo Hardt, Dez. Leitender IV B 1 Nato Infrastruktur, Tel. 4250

Ullrich Jordan, Dez. Gruppenleiter I B Personal, Tel. 2202

Jürgen Neudeck, Dez. Leiter I A 5 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 2180.

Telefonate nur durch die Vermittlung.

## ***Verteidigungslasten '88: Bedrohungsrecht oder Abrüstungsbereit?***

Das schon traditionell geübte Zahlen-Verwirrspiel um die Bundesausgaben für Militär und Rüstung treibt auch im Haushalt '88 merkwürdige Blüten... Überall steht zu lesen, der Einzelplan 14, das ist der Etat des Verteidigungsministeriums auf der Bonner Hardthöhe, belaufe sich im Kostenjahr '88 auf "nur" 51.6000.000.000,-DM (sprich 51,6 Milliarden DM) und habe gegenüber dem Bundeshaushalt einen Steigerungsverlust von 0,3% hinnehmen müssen. Effektiv ist allerdings der EP 14 um 800 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr gestiegen.-

Um der politisch vorgegebenen Abrüstungseuphorie keinen öffentlichen Schaden zuzufügen, lamentieren die Aufrüstungsprotagonisten pflichtgemäß über die zu erleidene Kürzung der Mittel...die in Wahrheit aber gar keine ist! Denn das tatsächliche Zahlenbild der Wehr- und Rüstungsausgaben verrät die völlig unberechtigten Bedrohungsängste finanzieller Art, die sich bei NATO-Stäblern und BW-Generalen breitmachen.

So muß zuallererst einmal dem veröffentlichten EP 14 ein Batzen von immerhin 705.000.000,-DM zuaddiert werden...für sog. Personalverstärkungsmittel. Das sind Gelder für Planstellenverbesserungen in der Bundeswehr in etwa 1.300 Fällen und ca. 100 neue Planstellen (der Besoldungsstellen A9 bis A7) für die Erfüllung der im WHNS-Abkommen vereinbarten Verpflichtung des Bundes gegenüber den alliierten Schutzmächten für den sogenannten Krisenfall.

Die Bundeswehr-Ausgaben steigern sich alleine schon dadurch auf 52,305 Milliarden DM, oder gar 19% vom Gesamtbudget des Bundes.

Gäbe man sich schon damit zufrieden, daß der Etat-Wörner nur rund ein Fünftel des Bundeshaushaltes beansprucht, würde man einem fatalen Irrtum unterliegen: der EP 14 bildet nämlich nur die Grundlage des Finanzbedarfes für die Militär- und Rüstungsausgaben in der BRD. - Es kommen da auch in diesem Haushaltsjahr wieder 26,329 Milliarden DM, d.h. gut 51% hinzu!

Die tatsächlichen Gesamtausgaben für Militär und Rüstung kosten den Steuerzahler in 1988 mehr als 78,63 Milliarden DM, was einem Anteil von knapp 29% am Bundesbudget '88 entspricht.

Die versteckten Rüstungs- und Verteidigungslasten lassen sich bei folgenden Einzelplänen des Bundeshaushalts nachweisen:

Zahlen in 1000 DM:

EP 02: Bundestag (Wehrbeauftragter und Nordatlant. Versammlung) (767.266) 451.334

EP 03: Bundesrat (Nordatlantische Versammlung) (208) 227

EP 04: Bundeskanzleramt (BND, Ges.f. Wehrkunde, Deutsche Atlant. Gesellschaft) (240.522) 247.781

EP 05: Auswärtiges Amt (NATO, WEU und geheime Ausgaben) (305.178) 304.480

EP 06: Innenministerium (Bundesgrenzschutz) (1.216.503) 1.273.899

EP 07: Justizministerium (Wehrstraßengerichtsbarkeit) (50) 50

EP 11: Arbeit und Sozialordnung (Kriegsopferfürsorge) (1.380.350) 1.571.250

EP 15: Familienministerium (Zivildienst) (987.018) 1.166.000

EP 25: Bauwesen (Wohnungsbau der Bundeswehr) (21.844) 19.245

EP 33: Versorgung (BW u. ehemal. Wehrmacht) (5.120.021) 5.550.005

EP 35: Verteidigungslasten (Aufenthalt ausländischer Streitkräfte) (1.834.328) 1.810.886

EP 36: Zivile Verteidigung (Bunker, Schutzräume etc.) (866.336) 888.079

EP 60: Allgem. Finanzverwaltung (Westberlin-Hilfe, Kriegsfolgelasten) (12.756.500) 13.045.400

Gesamt-"Nebenkosten" zum EP 14: (25.496.124) 26.328.636 (in Klammern die Vorjahreswerte)

Die vorstehende Auflistung weist eine Steigerung der versteckten Militärausgaben gegenüber 1987 von real 0,833 Milliarden DM aus!

Auch ein Beweis für das überproportional hoch gehaltene Niveau des Verteidigungshaushaltes in 1988... obwohl angesichts des Auslaufens verschiedener Rüstungsprogramme und wirklich ernstgemeinter Abrüstungsbemühungen eine Einsparung von 6 - 7 Milliarden DM im Militär-Ressort möglich gewesen wäre.

Im Sinne einer "bedrohungsgerechten Bewaffnung und Ausrüstung" (Wörner) lag es jedoch, außer den erhöhten Ausgaben für die Arbeitsplätze bei der Bundeswehr, neue militär. Auftragsprogramme (z.B. das Artillerie-Raketen System MARS, die Fortentwicklung der Kampfstärke des Panzers Leopard - 1, die Erprobung des "Jäger-90" und die Beschaffung des Flugabwehrsystems "Roland/Patriot") aufzulegen! - Damit soll entgegen allem Abrüstungsgerede doktrinär die "Angriffs-Verteidigung in die Tiefe" (der WVO-Staaten!) aufrecht erhalten bleiben.

Haushaltspolitisch fanden sich die Militärs und ihre Parteigänger diesmal so in die Enge getrieben, daß sie eine Abkoppelung des Militärbudgets von der übrigen Entwicklung des Bundeshaushaltes forderten: der Verteidigungsaufwand dürfe sich nicht an der (möglichen) Finanzpolitik orientieren, sondern an der "militärischen Bedrohung"! - So gewinnt der Bedrohungsbegriff auf der Hardthöhe immer mehr an propagandaträchtiger Bedeutung: "Bedrohungsbewußtsein", -angst", -gerechtigkeit" ... bedrohungsgerechtes Verhalten, bedrohungsgerechte Bewaffnung und was nicht alles mehr an Wortschöpfungen geboren wurde... Wie sagte doch dazumal ein großer Kanzler in Bonn: "...die Lage war noch nie so ernst!"

**Fazit: Der militarisierte Frieden in der Bundesrepublik kostet den Steuerzahler auch in 1988 fast 30 von hundert Steuermark!**

Quellen: Wehrtechnik, Woche im Bundestag, Infodienst Wissenschaft und Frieden, Die Bundeswehr u.a.

f.-j.ho.

## "GO - IN" IN DIE CRUISE MISSILE BASIS

Am Sonntag, dem 29. Mai 1988, zwei Tage nach der Ratifizierung des INF-Vertrages über Mittelstreckenraketen in Europa hat eine Gruppe der Friedensbewegung an der Cruise Missile-Station im Hunsrück den sofortigen Vollzug des Vertrages eingefordert. Sie haben die Militärs aufgefordert, das Land an die Menschen und an die Natur zurückzugeben.

Zu der Stunde, in der Ronald Reagan in Moskau eintraf, betraten zwei Männer und zwei Frauen das Depot, um Bäume und Blumen zu pflanzen und Weizen zu säen. Sie wurden von amerikanischen Soldaten auf die Zufahrt vor das innere Tor gezerzt. Dort setzten sie ihre Aktion fort. Zum Zeichen des Niederreißen von Zäunen und Mauern zwischen Menschen, wurden symbolische Schnitte am Tor innerhalb des Raketengeländes gemacht. Die Gruppe war nicht bereit, das Militärgelände wieder zu verlassen. Sie sagte, sie wollten aus dem Ort des Todes "lebendiges Land" machen.

Nach 45 Minuten wurden von der deutschen Polizei die Personalien festgestellt und die Zangen beschlagnahmt, sowie eine Anklage wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung in Aussicht gestellt. Nach intensiver Beratung wurde der Friedensbewegung die ersten 60 Meter hinter der "Hasselbacher-Mauer" von den Amerikanern überlassen. Daraufhin wurde dort im Militärgelände ein Fest organisiert.

Die Gewaltfreie Aktion in Hasselbach ist in Zusammenhang mit der Internationalen Friedensbewegung zu sehen. Zur gleichen Zeit fanden auch an vier niederländischen Atomwaffenlagern ähnliche Aktionen zivilen Ungehorsams statt. Dort hat es fünf Festnahmen gegeben.

Tina Ufermark, Detlef Beck, Heike Hüscher

## SPONTANE AKTION IN KASTELLAUN

"KEINE RAKETEN KEINE HOUSING" steht seit Sonntag in großen Buchstaben auf dem Erdwall um die Baustelle der neuen US-Wohnsiedlung in Kastellaun. Mit drei Eimern Kalk haben Benno und James somit spontan auf den unverminderten Fortgang dieses Bauprogrammes trotz Unterzeichnung des Abrüstungsabkommens reagiert.

## MILITARISMUS-SHOW IN KIRCHBERG

Mit Marschmusik, Fackelträgern und amerikanischen Ehrenabordnungen wurde auf dem Kirchberger Marktplatz eine öffentliche Vereidigung von Bundeswehrsoldaten durchgeführt. Etwa fünfzig Frauen und Männer der Hunsrücker Friedensinitiativen verteilten Flugblätter und machten mit großen Transparenten ihre Meinung zu diesem anachronistischen Militärspektakel deutlich.

Einige der Passanten reagierten ausgesprochen aggressiv, ein Transparent von Helmut Hetzel wurde gar zerissen. Welcher Geist in Teilen des Publikums noch steckte offenbarte das Abspielen der Nationalhymne. Die Aufforderung der Bundeswehr hierzu: "Es wird gebeten, sich während der Nationalhymne zu erheben und die Kopfbedeckung abzunehmen. Es kann mitgesungen werden!" Luthals erklang aus einer Ecke das unselige "...Deutschland, Deutschland über alles...". Nichts gelernt, umso wichtiger war unsere Aktion.

## Wir Damen im Friedensbüro erhielten Post vom Verteidigungsminister...

Im Wortlaut:

"Sehr geehrte Damen, für Ihren Brief vom 18. April danke ich Ihnen. Die Bundesregierung hat bei der Stationierung der Marschflugkörper ständig eine offene Informationspolitik betrieben und das Gespräch mit den von der Stationierung der Marschflugkörper Betroffenen gesucht. Diesem Ziel diene auch die Informationsveranstaltung, die ich am 9. Juni 1986 für örtliche, gewählte Mandatsträger des Rhein-Hunsrück-Kreises zur Stationierung der Marschflugkörper durchgeführt habe.

In Fortsetzung des damals begonnenen Informationsaustausches und einer seinerzeit von mir gemachten Zusage habe ich daher in diesem Jahr erneut zu einer Informationsveranstaltung am 12. April 1988 in das Bundesministerium der Verteidigung eingeladen, um über den amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrag vom 7. Dezember 1987 und die sich daraus ergebenden Abzugsplanungen sowie das hiervon unabhängige Bauvorhaben Goßberg zu unterrichten.

Auch zu dieser Informationsveranstaltung wurden die gewählten Mandatsträger der von der Stationierung der Marschflugkörper in Wüschheim besonders betroffenen Bereiche eingeladen, darunter auch gewählte Vertreter der Partei "DIE GRÜNEN".

Ich gehe davon aus, daß die Mandatsträger ihre Informationen an alle interessierten Bürger in ihrem Bereich weitergeben.

Wie bei der Informationsveranstaltung schon durch den Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz ausge-

führt, läßt es meine Terminplanung z.Z. nicht zu, Ihrer Einladung Folge zu leisten und Sie persönlich über die sich aus dem geplanten Abzug der Marschflugkörper ergebenden Konsequenzen zu unterrichten. Ich habe jedoch veranlaßt, daß Ihnen zu den von Ihnen in Ihrem Brief genannten Themen Informationsmaterial übersandt wird.

Mit freundlichen Grüßen"

folgt unleserliche Unterschrift, soll wohl M. Wörner heißen.

---

**Der Nachfolger führt sich ein, erste Kontakte: Axel Weirich an Dr. Rupert Scholz:**

Sehr geehrter Herr Scholz, in der Sendung "Was nun, Herr Scholz?" am 26.4. sagten Sie als künftiger Verteidigungsminister: "Ohne die Friedensbewegung ginge es auch." Ich meine, ohne Militär ginge es noch besser! Zu Ihrer Aussage: "Pazifisten sind einäugig!" in der gleichen Sendung, schließe ich mich der Meinung Albert Einsteins an. Mit friedlichen Grüßen

"Wenn einer mit Vergnügen in Reih und Glied zu einer Musik marschieren kann, dann verachte ich ihn schon; er hat sein großes Gehirn nur aus Irrtum bekommen, da für ihn das Rückenmark schon völlig genügen würde. Diesen Schandfleck der Zivilisation sollte man so schnell wie möglich zum Verschwinden bringen. Heldentum auf Kommando, sinnlose Gewalttat und die leidige Vaterländerei wie glühend hasse ich sie, wie gemein und verächtlich erscheint mir der Krieg; ich möchte mich lieber in Stücke schlagen lassen, als mich an einem so elenden Tun beteiligen! Töten im Krieg ist nach meiner Auffassung um nichts besser als gewöhnlicher Mord."

**A. Einstein.**

Aus dem letzten fpk:

**“Geheim-Flugzeug für Sobernheim:** Bei einem Gespräch mit Bürgermeister aus umliegenden Gemeinden gab der Kommandeur des Bundeswehrflugplatzes Pferdsfeld, Oberst Hans-Peter Koch, bekannt, daß ab Mitte der 90er Jahre ein neues Aufklärungsgeschwader auf dem Flugplatz stationiert wird. Für 70 Millionen Mark werden neue Bauten zur Unterbringung des Geschwaders errichtet. Der Flugplatz soll nach Süden erweitert werden, wo in der Vergangenheit bereits drei Hunsrückdörfer eingeebnet wurden. Auch für den noch heftig umstrittenen “Jäger 90” sei der Fliegerhorst vorgesehen, erklärte der Oberst.

Zum Typ des neuen Aufklärungsflugzeuges wurden keine näheren Angaben gemacht. Es wird jedoch vermutet, daß “Egrett 1”, ein “Tarnkappen-Aufklärungsflugzeug” hier stationiert werden soll, das in 17 Kilometern Höhe bis zu zwölf Stunden in der Luft bleiben kann und als “fliegende Raketenleitstelle” dienen soll - zum Beispiel, um nach einer Modernisierung der Kurzstreckenraketen die Zielzuweisung im Einsatz zu übernehmen.”

MIT DIESER NUMMER STELLT DER fpk SEIN REGELMÄßIGES ERSCHEINEN EIN, DA DAS DEFIZIT ZU GROß IST. DER fpk WIRD IN ZUKUNFT IN UNREGELMÄßIGEN ABSTÄNDEN ERSCHEINEN!!!!

**Leute zum Mitmachen gesucht**  
**Wer hat Lust und das Bedürfnis: Sich intensiver mit Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit und der Gewaltfreien Aktion auseinanderzusetzen. Z.B. Texte zu lesen, über Aktionen (eigene und andere) nachzudenken und sich mit anderen auszutauschen, die auch auf der Suche sind? Bitte setzt euch mit mir in Verbindung: Barbara in Simmern, Kümbdcher Hohl 24, 6540 Simmern, 06761/5311.**

Bericht von Ralf Kauer über das Treffen mit den Ureinwohnern, abgedruckt im Lokalteil der Hunsrücker Zeitung v. 2.5. 1988

## **“UREINWOHNER WOLLEN DEN KONTAKT ZUR HUNSRÜCKER BEVÖLKERUNG PFLEGEN**

### ***Delegation aus Australien und Nordamerika machte Station in Bell***

Bell. Kürzlich machte eine Delegation nordamerikanischer und australischer Ureinwohner Station im evangelischen Gemeindehaus Bell. Hier sprachen sie vor etwa 30 Interessierten über den kulturellen und physischen Überlebenskampf ihrer Völker. Dieser ist besonders durch das Ringen um Landrechte und den Uranabbau geprägt.

So berichtete Pauline Esteves, Delegierte der Western Shoshone Nation (Nevada/USA), von der Nevada Test Site, dem durch Atomwaffentests am meisten betroffenen Gebiet der Erde. Hier führten die USA bereits mehrere hundert Atomwaffentests durch, wobei sie die 1863 den Western Shoshone vertraglich zugesicherten Landrechte mißachteten. Dabei wurden weite Landstriche mit allen Folgen für die dort lebenden Menschen und Tiere (Krebs, Fehlgeburten...) radioaktiv verseucht.

Joan Wingfield vom Aborigine-Volk der Kokotha/Südaustralien wußte ähnliches zu berichten. In den 50er Jahren führte Großbritannien bei Maralinga, auf dem Land ihres Volkes, Atomwaffentests durch. Jedoch wurden damals nicht alle Einwohner des Testgebietes evakuiert, so daß viele der im Gebiet Verbliebenen an den Folgen radioaktiver Verseuchung starben oder noch heute leiden.

Auch Joan Wingfield verlor auf diese Weise mehrere Angehörige. Für die am Land und an der Gesundheit der Menschen entstandenen Schäden erhielt das Kokotha-Volk bis heute keine Entschädigung. Ja sogar das verseuchte Land mit all den auf ihm liegenden heiligen Stätten der Kokotha wurde ihnen erneut fortgenommen, damit dort Raketen durch die US- und die bundesrepublikanische Regierung getestet werden können.

Orlando Tewa von der souveränen Hopi-Nation/Arizona hob stärker die religiösen Aspekte des Kampfes gegen den Uranabbau hervor. Unter den zahlreichen Weissagungen der über 12.000 Jahre alten Hopi-Kultur gibt es Mythen, die vor dem Abbau der Bodenschätze in ihrem Gebiet warnen, da er Unheil über das Land bringe. Dagegen sei es wichtig, durch einen ehrfurchtvollen Lebenswandel und durch Gebete auf den richtigen, friedvollen (Hopi heißt friedvoll) Weg zurückzufinden.

Das wichtigste Anliegen der drei Ureinwohnervertreter war es, mit einigen Hunsrückern in Kontakt zu bleiben und Informationen auszutauschen. So könnte ein Internationales Anti-Nuklear-Netz aus Uranopfern und Atomgegnern entstehen, das seine menschliche Wärme dem tödlichen Gespinnst der internationalen Atomwirtschaft entgegenstellt." Einen herzlichen Dank an die HZ, daß sie meinen Artikel veröffentlicht hat. Wer mehr zum Thema "Atomwirtschaft contra Umwelt und Menschenrechte" wissen möchte, kann sich bei mir melden. Ralf Kauer, Koppensteinerweg 2, 6544 Kirchberg im Hunsrück.

#### Veranstaltungstips

**"Sicherheitsgesetze - Notstand für den alltäglichen Gebrauch?"**

Veranstaltung mit Herrn Dr. Müller-Heidelberg (Vorstandsmitglied der Humanistischen Union) über die sog. "Artikelgesetze"

am Montag, dem 6. Juni 1988 um 20 Uhr im Gemeindehaus in Gödenroth/Hunsrück (Nähe Kastellaun)

Dr. Müller-Heidelberg ist Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied der Humanistischen Union. Er hat sich in Bezug auf die vorgesehenen Änderungen im Bereich der Sicherheitsgesetze (spez. Artikelgesetze) sachkundig gemacht und wird zu dieser Thematik referieren. Anschließend besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen und ins Gespräch zu kommen.

Die geplanten Änderungen im Bereich der Sicherheitsgesetze bereiten nicht nur Menschen in der Friedensbewegung große Sorge. Sollten die geplanten Gesetzesänderungen tatsächlich geltendes Recht werden, wird faktisch eine massive Einschränkung des Demonstrationsrechts, aber auch die Ermöglichung eines willkürlichen Umganges mit personenbezogenen Daten befürchtet.

Durch die Veranstaltung am 6. Juni in Gödenroth möchte die Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel zum einen die Gelegenheit bieten, sich über die sogenannten "Artikelgesetze" sachkundiger zu machen, zum anderen möchte sie gerne den Austausch und Dialog zwischen den Gruppierungen, die vorwiegend durch die Gesetzesänderungen betroffen sein werden, nämlich den Bürgern und Bürgerinnen und der Polizei, fördern.

Alle, die Interesse an dieser Thematik haben, sind herzlich eingeladen, besonders aber auch Kollegen und Kolleginnen der Polizei.

*Beate Ronnefeldt, Krastel*

**4. 6. Abends im Friedensbüro. Barbara gibt ihren Ausstand. Juchhu oder so. Wer sich verabschieden will, ist herzlich eingeladen, am Abend entweder im Garten oder bei schlechtem Wetter im Haus mitzufeiern. Wer essen und/oder trinken will, soll sich beides mitbringen, ich kann nur mit meiner Anwesenheit dienen. Wem's reicht...**

## TERMINE (MERKEN UND KOMMEN)

Fr., 3. Juni, 19.30 Uhr, Delegiertentreffen im Friedensbüro Kastellaun  
Fr., 3. Juni bis Sonntag, 5. Juni in der AGF in Trier: bundesdeutsches Treffen der UnterstützerInnen der Internationalen Friedensbrigaden

Sa., 4. Juni ab dem späten Nachmittag im Friedensbüro:  
Abschiedsfete von Barbara (Essen und Trinken bitte mitbringen!!!)

Mo., 6. Juni um 20 Uhr im Gemeindehaus in Gödenroth:  
Veranstaltung mit Rechtsanwalt Müller-Heidelberg über die neuen Sicherheitsgesetze (s. dazu Veranstaltungshinweise!!)

Mo., 13. Juni, Friedensbüro Kastellaun, um 20 Uhr.  
Chemiewaffen im Allgemeinen, Giftgas und Hunsrück im Speziellen - was hat's damit auf sich? Wolfgang Bartels berichtet von der Arbeit des Bundesverbandes gegen Giftgas e.V.

Fr., 17. Juni, 19 Uhr 30 Delegiertentreffen im Friedensbüro

Fr., 17 bis Sonntag, 19. Juni: Kongress "Wege zur Sozialen Verteidigung" in Minden

Mi., 22. Juni um 20 Uhr im kath. Gemeindehaus in Kastellaun:  
Treffen der Eine-Welt-Initiative

Fr., 24. Juni: REDAKTIONSSCHLUSS FRIEDENSINFO!

Mi., 6. Juli, um 20 Uhr im evang. Gemeindehaus in Kastellaun:  
Vereinsgründung der Eine-Welt-Initiative!

## PROZESSTERMINE IM JUNI

**Freitag, 3.6. im Bonner Amtsgericht um 13.30 Uhr:**  
Aufruf zur Mai-Blockade 87. Frau Richter in Baums-Stammberger gegen Heilenbach und Henning Schierholz

**Donnerstag, 9.6. im Koblenzer Oberlandesgericht um 9 Uhr:**  
Margaretha Lochner und um 14 Uhr Henning Schierholz. Dritte Instanz wg. November-Blockade

**Montag, 13.6. im Simmerner Amtsgericht um 9 Uhr 30**  
gegen Wolfgang Sternstein und andere wg. Mai-Blockade 87  
und Aufruf zu den Aktionstagen Oktober 87

**Dienstag, 14.6. im Bonner Amtsgericht um 12 Uhr 30**  
gegen Klaus Marwitz, Raum 136 wg. Aufruf zur Mai-Blockade 1987

**Montag, 20.6. im Simmerner Amtsgericht um 10 Uhr**  
gegen Helga Prybylski, Huth, Scholl, Berg-Koschnavaz, Runge-Pusch, Schöffmann wg. Aufruf zu den Aktionstagen Oktober 1987

**Freitag, 24.6. um 13 Uhr 30 im Bonner Amtsgericht**  
wegen Aufruf zur Mai-Blockade gegen Wolfgang Bartels, Irene Quetting und Deli König

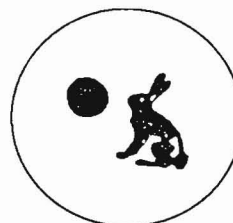
## Die Aktion

### "Volksentscheid zum 23. Mai 1989"

Am 23. Mai 1989 wird die Verfassung (Grundgesetz) der Bundesrepublik Deutschland vierzig Jahre alt. Ein zentrales Element des demokratischen Charakters des Grundgesetzes, das **Abstimmungsrecht des Volkes (Art. 20 Abs. 2 GG)** ist aber nach vier Jahrzehnten noch immer blockiert. Aus diesem Grund haben engagierte Demokraten die "Initiative Volksentscheid zum 23. Mai 1989" ins Leben gerufen. Mit einer selbstorganisierten Abstimmung "Volksentscheid zum 23. Mai '89" sollen alle stimmberechtigten BürgerInnen die Möglichkeit bekommen, ihren Willen zu bekunden, ob sie künftig außer dem Wahlrecht auch über das Abstimmungsrecht (Art. 20 Abs. 2 GG) die Politik (Legislative und Exekutive) mitbestimmen wollen. Dazu will die Initiative 45 Millionen "Stimmbriefe" an alle Wahlberechtigten verteilen. Sie braucht dafür die Unterstützung aller, die in dieser Abstimmung einen richtigen oder vielleicht sogar wichtigen Schritt in der Weiterentwicklung der Demokratie in unserem Land erkennen können. Es sollte niemanden geben, der wegen seiner Ansichten zu anderen Fragen und Problemen hier nicht mitarbeiten kann; jeder sollte aber bei seiner Mitarbeit alles aus dem Spiel lassen, was nicht unmittelbar den Kern dieses Demokratieproblems betrifft. Es geht bei der Abstimmung wirklich nur um das Abstimmungsrecht. Dringend gesucht werden nun Leute, die diese Aktion mittragen wollen. Für alle Fragen und eine erste überregionale Koordination soll folgendes Treffen dienen:

**Freitag, 24. Juni 1988, 19:30 Uhr**  
**Hotel „Burg Landshut“**  
**Bernkastel/Mosel**

Kurze telefonische Anmeldung und weiteres Informationsmaterial bei:



Symbol der Aktion "Volksentscheid"

**Josef Jübermann**  
**Raiffeisenstr. 7**  
**5559 Rivenich/Mosel**  
**Tel. 06508/7324**